

# Marktwirtschaft und Sozialstaat

BURKHARD WELLMANN

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren,

Sie haben bereits gehört, daß ich heute in Vertretung für Herrn Dr. Himmelreich, den stellvertretenden Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, sprechen soll. Ich bedanke mich für dieses ehrenvolle Angebot und die Gelegenheit, hier das Wort zu ergreifen. Ich muß aber Sie, sehr verehrter Herr Minister Theisen, um Verständnis dafür bitten, daß ich Ihnen im Unterschied zu meinen Herren wissenschaftlichen Vorrednern vom gestrigen Tage in diesen zwei Tagen der Vorbereitung kein systematisches Langfristkonzept anbieten kann.

Meine Damen, meine Herren, ich stehe gegenüber meinem Vorredner in einer besonderen Schwierigkeit, die ich erwähnen muß. Meine Legitimation in rein formaler Hinsicht folgt schlicht daraus, daß ich ein Angestellter der Bundesvereinigung bin, aber diese Legitimation wird in diesem Kreise sicherlich nicht als ausreichend angesehen für die Frage, wie kommt der Referent dazu, im Namen der Bundesvereinigung zu sprechen, was den Anspruch erhebt, im Namen der unternehmerischen Wirtschaft zu sprechen?

Nun, in der Tat, meine Damen, meine Herren, das weiß ich nicht präzise zu beantworten, denn im Unterschied zu unserem Sozialpartner, den Gewerkschaften, im Unterschied zu all den Organisationen im Bereiche der Arbeiterbewegung, haben Unternehmer sich eigentlich immer nur hinsichtlich ihrer speziellen Funktion in der Marktwirtschaft in Verbänden organisiert, und sie wachen sehr argwöhnisch auch darüber, daß in den Verbänden immer ganz deutlich das Übergewicht, das Schwerkewicht, die Lenkungsfunktion bei den Unternehmern, bei den Ehrenamtlichen liegt, und die Arbeitgeber-Verbandsgeschäftsführer sind so gesehen in der Tat Funktionäre. Hieraus erwächst für mein Thema ein großes Problem; denn es kann ja nicht die Aufgabe sein, nach dem brillanten Referat von Prof. Zacher und den Ausführungen von Herrn Dr. Blüm gewissermaßen mit bescheidener, vorsichtiger Attitüde nochmal im selben Feld mich zu bewegen, sondern gerade der Umstand, daß ich hier spontan versuchen muß, meinen Part zu spielen, nötigt mich, das zu berücksichtigen, was hier schon gesagt worden ist, und eine komplementäre Argumentation aufzubauen.

Das Problem liegt darin, daß ich über weite Strecken werde Aussagen machen müssen, die sich nicht unmittelbar aus der Funktion der Unternehmer ergeben, sondern die darüber hinaus in den Bereich der Wertung hineingehen, in den Bereich der hinter der Ordnungstheorie stehenden Grundwertverständnisse, des Kulturverständnisses.

Wir sind hier in einem weiten Feld, in dem im Grunde jeder für sich argumentiert. Ich bitte daher zu meiner Entlastung davon auszugehen, daß das, was sich ordnungstheoretisch etwa auf die Konzeption zurückführen läßt, wie sie gestern Prof. Zacher vorgetragen hat, weitgehend identifiziert werden kann mit der Meinung meines Hauses oder mit der Meinung der Unternehmer, daß darüber hinaus der Spielraum politischer Kreativität und Innovation mir zugestanden wird, um hier eine produktive Funktion zu übernehmen.

Wenn ich das Referat von Herrn Blüm betrachte, dann komme ich in eine Verlegenheit. Sage ich, ich stimme dem weitgehend zu, könnte ich in vielen Versammlungen höhnisches Gelächter ernten, und Herr Blüm könnte mir erwidern, wie erklären Sie dann den erbitterten Kampf um jede Stunde Arbeitszeitverkürzung für 60jährige? Nun, in diesem Kreise werde ich mich damit begnügen müssen und begnügen dürfen, daß nach unserem Kulturverständnis auch der soziale Fortschritt sich vollzieht im Rollenspiel, in Rollenverteilung, und es ist nun mal die immer etwas traurige Aufgabe, Herr Blüm, ich bitte um Verständnis für diese Funktion, es ist immer etwas traurig gegenüber dem schönen optimistischen Zukunftshorizont, den Sie etwa entwerfen und den ich privat für meine Person als ungemein sympathisch bewerten möchte, daß wir demgegenüber darauf hinweisen müssen, daß es dabei eine ganze Menge von Implikationen gibt, die Sie selbstverständlich genauso gut sehen wie ich. Das ist aber unsere Rolle. Und aus diesem Rollenverständnis heraus ergibt sich gewissermaßen unser Petition, daß wir bitten um eine ganz konservative Beweislastregel im Prozeß des sozialen Fortschritts, etwa in der Form, daß wir sagen, bevor wir diese Stunde Arbeitszeitverkürzung für den 60jährigen oder die 200 DM für den Hüttenarbeiter konzederen, muß doch in einem gemeinsamen Prozeß des gesellschaftlichen Ringens ein hohes Maß an Vermutung geschaffen sein, daß es sich dabei nicht um eine euphemistische Fehlreform handelt, wie wir das ja oft betrieben haben, sondern daß insgesamt gesehen, in wohl abgewogenem Beobachten des Individuums und der Gemeinschaft, sich in einer solchen Änderung der sozialen Landschaft ein Fortschritt für uns alle ergibt.

Unter dieser Einschränkung bitte ich mir zu gestatten, nicht in Form von Anbieterei oder in Form von Sozialromantik zu sagen, was Herr Blüm ausgeführt hat, stimmt in einem sehr hohen Maße mit uns überein, aber, aber der Weg dahin ist steinig, und wir fühlen uns, gestatten Sie dieses böse Wort, es stammt von einem evangelischen Geistlichen – ich bitte es nicht mißzuverstehen –, wir fühlen uns als Unternehmer ein wenig als Rentabilitäts-Polizei. Das Wort Polizei ist fatal, aber sagen wir als Rentabilitäts-Wächter, sagen wir als die kritisch kontrollierende Instanz, ob im Prozeß des sozialen Fortschritts eine bestimmte Maßnahme, insgesamt gesehen, nicht wohlstandsschädigend ist zu Lasten aller, denn gerade nach dem von Herrn Blüm Vorgetragenen sind Fragen der wirtschaftlichen Produktivität, und in diesem Kreise wäre es nun schlicht Unfug, das noch ein zweites Mal zu wiederholen, soziale Fragen und nicht Fragen etwa einer mit einem Primat ausgestatteten Wirtschaftspolitik.

Lassen Sie mich dies ausdrücklich sagen, Herr Blüm, meine Damen, meine Herren, wir gehen in der Bundesvereinigung selbstverständlich nicht davon aus, das haben Sie uns auch nicht unterstellt, daß wir zunächst einmal mit dem BDI gemeinsam Wirtschaftspolitik machen und daß dann, wenn der Tisch reich bestellt ist, anschließend über Soziales gesprochen werden darf, sondern auch wir gehen davon aus, nach unserem Euckenschen Verständnis, neoliberalen Verständnis von sozialer Marktwirtschaft (hier decken wir uns in theoretischen Grundsatz, daß die Gesamtveranstaltung eine einzige ist), daß Gesellschaft und Wirtschaft und Wirtschaftsordnung je interdependente Systeme sind. Man kann sie verschiedenartig schneiden, das ist aus wissenschaftlichen Gründen, aus Erkenntnisgründen sicher immer notwendig, und so gesehen habe ich ein hohes Maß an Sympathie dafür, die Wirtschaft als Marktwirtschaft und den Sozialstaat dann als Sozialstaat danebenzusetzen. Aber es ist unbestreitbar, das ist nicht die Realität, sondern das ist ein vereinfachendes Denkschema, um die Dinge in den Griff zu bekommen.

Wir haben gestern Wirtschaft in einem hohen Maße modelltheoretisch betrachtet und das stützende Rechtssystem danebengestellt. Heute, nachdem Herr Blüm schon eine ganze Menge von realen politischen Problemen hier hineingegeben hat, scheint es mir sinnvoll zu sein, wenn ich nicht versuche, dieses einfach nur auszufächern oder aus der Perspektive meines Hauses Nuancierungen anzubringen, sondern den Blick zu lenken auf einige Probleme, die unter Umständen – auch für den rechtlichen Bereich unserer Wirtschaft – von großer Bedeutung sind, weil, wenn es richtig ist, daß Marktwirtschaft nur vorstellbar ist auf der Basis einer Privatrechtsgesellschaft, dann auch sozialer Fortschritt nur vorstellbar ist in einem ständigen Verbund von Sozialpolitik, von Wirtschaftspolitik, von Rechtspolitik. Ich werde also versuchen, ein wenig mehr von den realen Problemen der Marktwirtschaft aus unserer Sicht mit einzubringen, und ich möchte zunächst zwei Feststellungen treffen:

Auf der einen Seite befinden wir uns in der zunächst sehr angenehmen, aber auch vielleicht einschläfernden Situation, daß die Infragestellung durch konkurrierende Wirtschaftstheorien heute im Grunde nicht mehr besteht. Wenn Sie sich das Prozedere ansehen im Wirtschaftsministerium unter Schiller, unter Lambsdorff, unter Erhard, dann ist das dasselbe Konzept. Wenn Sie sich den Sachverständigenrat ansehen, dann ist das dasselbe Konzept.

Wenn Sie sich ansehen, wie in der großen Presse Wirtschaftspolitik beurteilt und bewertet wird, dann haben wir ein so sehr hohes Maß an Übereinstimmung, daß das alternative Gegengutachten der Neomarxisten demgegenüber kaum ins Gewicht fällt, und das hat aus unserer Perspektive einen sehr einfachen Grund. Im Unterschied zu der Wirtschaftstheorie, die, wenn ich so sagen darf, wir alle vertreten und aus der sich ein konsistentes Rezept für Eingriffspolitik, für konkrete, praktische Wirtschaftspolitik immer wieder ergibt, und das alles in sich stimmig ist, sich rechnet, wie man sagen könnte, im Unterschied hierzu ist der neomarxistische Versuch, eine Gegenstrategie aufzubauen, punktuell geblieben. Es handelt sich um Einzelkritiken, es handelt sich in vielen Fällen sogar um sehr verständliche Einzelkritiken. Ich habe auf Grund jahrelanger Auseinandersetzungen an unzähligen Podien mit Neomarxisten ein hohes Maß an persönlicher Achtung, auch an Sympathie für eine Fülle von Forderungen dieser Art bekommen. Aber eben wieder bezogen auf meine Rolle kann ich nur sagen, ich habe in Ergänzung zu diesem Maß an Sympathie für alternative, humanere Entwürfe gelernt, wie gefährlich und wie inhuman es sein kann, zu träumen. Gerade im Bereich der Wirtschaftspolitik. Das ist die erste Bemerkung.

Die zweite Bemerkung gilt den Grenzen des Wachstums. Ich glaube, daß wir hier in einer mehr geisteswissenschaftlichen Betrachtungsweise die Realitäten in einem erheblichen Ausmaß verkennen. Die ganze Diskussion um Grenzen des Wachstums, um quantitatives oder qualitatives Wachstum ist eine in meinen Augen im Grunde unzulässige Dramatisierung eines ganz normalen Prozesses strukturellen Wandels. Friktionen sind ja keineswegs eine Errungenschaft der siebziger oder jetzt der achtziger Jahre, sondern Friktionen dieser Art hat es in der 200jährigen Geschichte des Kapitalismus immer wieder gegeben, und ich sehe keinen Grund, warum wir mit den Problemen nicht fertig werden sollten.

Auf die Frage, ob wir von den realen Herausforderungen her eigentlich vor dramatischen und gefährlichen Situationen stehen, würde ich ein ganz klares „Ja“ sagen, wenn Sie mich ansprechen auf den internationalen, eventuell kriegsähnlichen Zustand der Auseinandersetzung um die Ressourcen. Selbstverständlich ist diese Problematik von außerordentlicher Dramatik und Gefährlichkeit. Das ist aber hier nicht

mein Gegenstand. Wenn es dagegen um die Frage geht, sind wir bei einem freien Weltenergiemarkt in der Lage, mit schrumpfenden Ölvorräten zu Rande zu kommen, sind wir in der Lage, diesen preislichen Herausforderungen zu begegnen, sind wir in der Lage, auf der Basis eines gewandelten mentalen Verhaltens in der jungen Generation diesen Anforderungen zu begegnen, so kann meine Antwort immer nur – ich möchte sagen, fast ohne zu zögern – „Ja“ heißen. Ich glaube, daß die von vielen nationalökonomischen Laien befürchtete Vorstellung, daß durch eine überschnelle Preisentwicklung auf dem Energiemarkt unser Gesamtsystem in Gefahr gerät, daß wir in Wachstums- und Verteilungskämpfe kommen könnten um einen schwindenden Wohlstandszuwachs, daß dieses resultiert aus der schlichten Gewöhnung an eine Wachstumsbewegung, die wir alle dreißig Jahre lang gewissermaßen zu einer Normalbewegung vereinfacht und versimpelt haben. Sowohl die Preisentwicklung als auch die Ressourcenproblematik insgesamt stellen sich dar als eine wirtschafts- und sozialpolitische Herausforderung, die unseren enormen Potentialen Betätigungsmöglichkeit eröffnet. Ich darf daran erinnern, daß wir zu Beginn der siebziger Jahre das beliebte Thema der Sättigung hatten. Was kann denn nun stimmen? Eines doch nur, entweder hatten wir Anfang der siebziger Jahre ernsthafte Sättigungsprobleme – das Kieler Institut hat das allerdings mit einer Schrift (ich weiß nicht, ob Sie, Herr Walter, selber einer der Autoren waren), ich möchte sagen, allzu salopp weggewischt, heute würde das vielleicht differenzierter ausfallen – aber wenn wir Anfang der siebziger Jahre ernsthaft darüber debattiert haben, ob es Sättigung gibt in dem Verständnis, meine Damen, meine Herren, nicht, daß wir nicht mehr wüßten, was wir für Begierden und Wünsche hätten, sondern daß unsere Produktionskapazitäten größer sind als die Nachfrage, um sie auszulasten, so etwa wird man das beschreiben müssen, dann ist es das Gegenteil von der Befürchtung heute, daß wir nicht in der Lage wären, durch die Produktion von Energiedämmung, Einsparung, Energiemaschinen etc. einer gewaltigen Nachfrage zu entsprechen. Wenn wir also nach der jetzt gerade erst zehn Jahre zurückliegenden Diskussion um die Sättigung als die Gefährdung unserer wirtschaftlichen Stabilität heute gewissermaßen das Gegenteil diskutieren, nämlich ob wir mit den wirtschaftspolitischen und ressourcenökonomischen Herausforderungen fertig werden, dann zeigt sich doch, daß offenbar beide Betrachtungsweisen sich weit entfernt haben von der eigentlichen Realität. Nehmen Sie das nun aber bitte als eine mehr private Bemerkung, weil in unserem Hause hierüber nun ganz sicherlich keine Beschlüsse gefaßt werden. Ich glaube, daß die Herausforderung im 19. Jahrhundert, in unserer damaligen aufblühenden Industrielandschaft Verkehrsinfrastruktur zu schaffen – sprich in erster Linie Eisenbahnbau und Kanalbau –, daß das angesichts der damaligen Potentiale und angesichts des damaligen Wohlstandes eine mindestens so große Aufgabe gewesen ist wie jetzt in den nächsten 50 Jahren; und je höher die Preise steigen, um so länger wird die Zeit für die Aufgabe sein, unsere Wirtschaft umzubauen auf diese Fragen.

Zu dem zweiten Problem, das in diesem Zusammenhang genannt wird, nämlich zum Beispiel bei Biedenkopf, schrumpfende Wachstumsraten, zwei Prozent in den achtziger Jahren. Nun, wie immer das sei, ich bin hier sehr viel optimistischer, weil ich glaube, daß die Energieherausforderung gerade wiederum Wachstumsraten begünstigen wird, aber nicht Wachstum von Gütern, die dann in der Landschaft unsere Umwelt belasten, sondern Wachstum von Gütern, die in einem hohen Maße ökologisch verträglich oder sogar ökologisch nützlich und freundlich sind, und in dem Wort

Wachstum ist ja keineswegs ausgemacht, daß es sich dabei immer um Wegwerfgüter handeln soll und nicht um wirklich sozial erwünschte Güter. Ich glaube also, daß dieser Wachstumspessimismus auf der einen Seite mit einem großen Fragezeichen zu versehen ist. Ich für meinen Teil würde da eher einen Punkt dazugeben zu den zwei von Herrn Biedenkopf. Und ich bin auf der anderen Seite der Überzeugung, daß es wissenschaftlich keinen Nachweis dafür gibt, keine Plausibilität nachgereicht werden kann für die Annahme, daß, so nehmen wir einmal an, wenn nur zwei Prozent Wachstum vorhanden sind oder auch mal in Depressionsphasen kein reales Wachstum, wir deswegen zu Verteilungskämpfen kommen müßten.

Nach meiner Kenntnis war Tocqueville im 19. Jahrhundert der erste, der diese Problematik behandelt hat, und er kommt im Ergebnis seiner Ableitungen zu der These, daß zu einer sozialen Unruhe im Verteilungskampf zwei Bedingungen gegeben sein müssen. Die erste ist, daß eine Mehrheit der Bevölkerung zu der Überzeugung kommt, hier läge ein ungerechter Zustand vor. Diese Überzeugung ist bei dem ausgeklügelten, ausgewogenen und von der Bevölkerung angenommenen System des Verteilungswesens, der Verteilungskämpfe, der Tarifpolitik bei uns nicht gegeben. Und die zweite Regel, die Tocqueville aufstellt, ist, daß für einen Verteilungskampf auf der Basis, wenn ich so sagen darf, der Revolte, auch ein Erfolgsziel sein muß. Genau an diesem Erfolgsziel fehlt es aber ja. Wenn wenig zu verteilen ist, weil wir uns alle anstrengen müßten, unsere energieverschwenderische Umwelt umzubauen, wenn wir also unsere Investitionskraft, unsere Produktionskraft einsetzen müssen, um unsere soziale Lage und unsere ökonomische Lage zu stabilisieren, dann müssen wir unsere Bedürfnisse umdefinieren, aber wir alle gemeinsam, denn keiner will frieren, und jeder will nach wie vor Auto fahren. Aber es taucht in diesem Beispiel gar nicht der Schurke auf, dem man nur ans Leder gehen müsse, um in dem Verteilungskampf selber mehr zu bekommen. Denn daß der Schurke nicht der Ölscheich ist – um ihn mal so zu personifizieren –, kann in diesem Kreise nicht streitig sein. Es ist das Recht jeder Nation, die eigenen Ressourcen zu Knappheitspreisen zu verkaufen. Das haben die reichen Industriestaaten mit ihren Industriewaren nie anders gehalten, und das Recht, das wir für uns selber in Anspruch nehmen, müssen wir wohl auch für andere gelten lassen. Ganz abgesehen von der ökonomischen Überlegung, daß es höchst fatal wäre und unser Ordnungssystem überfordern würde, ich möchte dann nicht in der Rolle von Politikern stecken, wenn wir mit Hilfe der Ölmultis die Araber nach wie vor zwingen könnten, bis zum letzten Faß Öl bloß zu den Förderkosten zu verschenken. Das hätte nämlich zur Konsequenz, daß wir nicht 50 oder 100 Jahre Zeit haben zum Umbau unserer Energiestruktur, sondern daß wir gewissermaßen mit Vollampf und mit 300 PS in diese Situation hineinfahren und dann gewissermaßen senkrecht hoch umbauen müssen. Das würde eine verantwortliche Politik nötigen, gewissermaßen wider den Markt zu versuchen, das Energiesystem umzubauen. Herr Hauff ist geneigt, immer ein wenig in dieser Richtung vorsorglich, weitschauend, vorausschauend, fürsorglich schon etwas zu unternehmen, aber ich vertraue unserem Bundeskanzler und Graf Lambsdorff, daß davon nicht allzuviel in Szene gesetzt wird, denn es gibt für meinen Begriff nichts Klügeres als den Markt und den Versuch,

Zwischenruf von Dr. Blüm: Ich dachte schon den Bundeskanzler!  
Gelächter . . .

aber auch das gehört zu der heutigen Konfiguration der Sozialpartner, meine Damen und Herren, daß ich das als schmunzelnde Bemerkung und mit den Gefühlen der

Sympathie über mich ergehen lasse und nicht als Anlaß nehme, Partei zu ergreifen. Die Intelligenz ist übrigens auch nicht parteispezifisch verteilt.

Also lassen Sie mich diesen Punkt zusammenfassen mit dem Ergebnis: Wir sind von den weltwirtschaftlichen Herausforderungen außenpolitisch vielleicht gefährdet, militärpolitisch, aber ich sehe es eher mit Optimismus, daß wir eine Fülle von Produktions- und Innovationsaufgaben bekommen, und ich sehe mit einer wachsenden Begeisterung, wie in den Bereichen der leitenden Angestellten, in denen anfangs der siebziger Jahre eine etwas depressive Stimmung sich breit machte (wir können jeden chemischen Stoff nach den Wünschen unserer Verbraucher zusammenmischen, wir haben eigentlich keine rechte Forschungsaufgabe mehr, wir wissen nicht so richtig, was wir tun sollen); das ist alles wie weggeblasen, von den Stammtischen bis zu den Konzernzentralen redet heute alles über Öl.

Eine weitere Bemerkung zu einer möglichen Gefährdung dieser Sozialen Marktwirtschaft. Die Frage nach der Staatsquote ist von Ihnen, Herr Blüm, ganz kurz angesprochen worden, und ich möchte noch einige Garnierungen dazutun, oder, wie es gestern so schön auf der Speisekarte hieß, ich werde Sie etwas nappieren, übergießen mit unternehmerischen kleinen Variationen.

Ich möchte ganz deutlich zum Ausdruck bringen, daß, wenn wir durchmustern, was hinter dieser Staatsquote alles steht, wenn wir dabei berücksichtigen, daß durch diese ständig einsetzenden Lohnsteueränderungen, Einkommenssteueränderungen die Steuerlastquote immer wieder heruntergefahren wird; wenn wir berücksichtigen, daß, mag das nun falsch oder richtig sein, der Staat in den vergangenen Jahren konjunkturpolitisch nach allgemeiner Meinung glaubte, allerlei tun zu müssen im Wege der Staatsverschuldung; wenn wir berücksichtigen, daß innerhalb der Staatsquote – in dem erweiterten Verständnis – die Sozialleistungen eigentlich der entscheidende „Wachstumsträger“ gewesen sind und ich in meinem nächsten Teil noch versuchen werde zu erklären, warum es in mancher Hinsicht doch sehr sinnvoll ist, bestimmte Sozialleistungen auszudehnen, auch aus unternehmerischer Perspektive, dann sehe ich wohl auf der einen Seite mit einer gewissen Sorge die Zunahme von Staatsverschuldung in einer Zeit, in der es uns vielleicht, gemessen an dem, was wir an Friktionen in den nächsten Jahren bewältigen werden müssen, relativ gut geht. Aber ich glaube nicht, daß Staatsverschuldung und Staatsquote – sofern sie nicht dramatischen Veränderungsraten folgen – eine unsere Staats- und Wirtschaftsordnung gravierend gefährdende Funktion entwickeln. Ich halte in diesem Zusammenhang es für sehr viel mißlicher, daß die Regierung selbst – das wurde gestern schon angesprochen – eine Transferkommission einsetzen muß, um selber zu wissen, wer alles was ihr aus der Tasche zieht oder uns allen.

Lassen Sie mich zu einem zweiten Problemkomplex kommen. Es ist von Herrn Blüm gestern in Andeutungen immer wieder versucht worden, die historische Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft zu kennzeichnen. Ich möchte versuchen, mit einer polemisch überspitzten, mit einer vielleicht überzogenen, aber gerade darum etwas handgreiflichen und vielleicht auch sehr einleuchtenden Sempeldarstellung darzutun, was eigentlich hinter dem Prozeß des Wandels steht. Und zwar betrachte ich in einer Art Dreieck drei Größen. Ich betrachte den privaten Haushalt, ich betrachte das gewerbliche Unternehmen mit der Marktwirtschaft, und ich betrachte den Sozialstaat. Und wenn ich nun ansehe, was im Verlaufe von 200 Jahren Industrialisierung hier geschehen ist, dann möchte ich hier sprechen von einer gesellschaftlichen Arbeitsteilung in Erweiterung der ursprünglichen industriellen. Und die Ergebnisse,

die hier herauskommen, hat Herr Blüm in einer Reihe von Beispielen trefflich geschildert. Ich möchte versuchen, die Struktur nachzuzeichnen.

Der entscheidende dynamische Motor der ganzen Geschichte sind natürlich die gewerblichen Unternehmen gewesen. Sie haben nach der Effizienz des Kapitals alle Produktionen, die die Gesellschaft benötigt, im Wettbewerb mit Privaten und Staat an sich gezogen durch den Mechanismus, der jedem geläufig ist. Bei Adam Smith ist das ja mit der Herstellung der Nadel schon vor 200 Jahren aufs trefflichste geschildert worden.

Die kapitalintensiven, die hochrentablen, die kapitalrentablen Produktionen von Waren und Gütern sind in diesem 200jährigen Prozeß kapitalistischer Entwicklung in hohem Maße verlagert worden auf die gewerblichen Unternehmen, und an diesem Zustand wird sich auch nichts ändern. Bei diesem Prozeß ergeben sich nicht nur Verteilungsprobleme im eigentlichen Verständnis, in dem Verständnis der breiten Bevölkerung, hinsichtlich nämlich der Geldverteilung, sondern es ergeben sich natürlich auch unerwünschte Effekte. Und so richtig das ist, was Herr Blüm gesagt hat über die Genesis der Sozialpolitik, so möchte ich heute noch sagen, daß die heutige Sozialpolitik in einem hohen Ausmaß gekennzeichnet ist nicht durch den Transfer von Geldeinkommen, was man eventuell auch mit einer Negativsteuer machen könnte, zu den finanziell Bedürftigen, sondern unsere Sozialpolitik ist gekennzeichnet nicht durch den Gedanken der Effizienz, sondern der Effektivität. Es sind bestimmte Effekte erwünscht, es ist der Effekt erwünscht, daß mit BAföG der junge Mann aus dem einkommensschwachen Elternhaus sein Abitur macht, wenn er fähig ist. Es ist erwünscht, daß durch eine Rehabilitationsleistung der Mensch wieder fähig wird, am sozialen Leben teilzunehmen, am Berufsleben, wie aber auch am gesellschaftlichen und politischen Leben. Und so gilt es für die Masse unserer Sozialleistungen.

Wenn wir so stark vereinfacht das Netz der sozialen Sicherheiten betrachten, dann stellen wir fest, daß die Masse der Sozialleistungen sich entweder nach dem Äquivalenz-Prinzip bemißt, zum Beispiel die Rentenversicherung, oder aber, daß der Staat ganz bestimmte Effekte erreichen wollte. Im Unternehmen herrscht das Effizienzprinzip, und zwar ohne Ansehung des Effektes, der dabei herauskommt, externe Effekte müssen erst im System der Sozialen Marktwirtschaft wieder an das Unternehmen herangelagert und internalisiert werden. Dem Unternehmen ist es im Prinzip egal, meine Damen und Herren, ob wir Autos herstellen von 300 PS oder Ochsenkarren. Sein Prinzip ist Gewinnmaximierung, sein Prinzip ist Effizienzmaximierung, sein Prinzip ist Kapitalrentabilität.

Der Staat dagegen – Staat als Instrument einer sich selbst reflektierenden Gesellschaft – fragt nach der Effektivität in der Verteilung der Chancen im politischen System, im Bildungssystem usw. In diesem Prozeß ist nun etwas Entscheidendes passiert, was meines Erachtens die Sozialpolitik nicht hinreichend ins Auge nimmt. Diese Beachtung von Effektivitäten ist ungemein kostspielig, nicht nur weil der Staat ein schlechterer Wirtschaftler ist aufgrund einer Fülle von Dingen – das hat mit Beamtenmentalität ja nur ganz begrenzt zu tun, sondern es hat mit den rechtlichen Voraussetzungen staatlicher Produktion zu tun. Die hohen Kosten jedenfalls werden in einem steigenden Maße über Steuern und Sozialabgaben letztlich herangelagert an die Preise der Produkte der gewerblichen Unternehmen. Und hiervon ist nun wiederum der Private betroffen. Wenn ich als Privater einen Dachdeckermeister brauche, dann kommt er halt nicht allein, und dann kostet die Stunde 50 DM. Wenn ich als Privater nach

Abzug von Lohnsteuer und anderen Steuern und Sozialabgaben, ich will nicht sagen 5, aber sagen wir 10 DM in der Tasche habe, dann muß also die Produktivität des Unternehmers fünfmal oder auch zehnmals so hoch sein, wie meine Eigenleistung möglicherweise sein könnte, ein bißchen Training und eine ausgeliehene Maschine unterstellt. Und hieraus ergeben sich außerordentliche Wirkungen. Das ist die stärkste Wachstumsindustrie, die wir überhaupt haben, die Belieferung von Do-it-yourself, und hier rechnen wir natürlich im weitesten Maße die Selbstbedienung, das Selber-Auto-Fahren, das Selber-Tapezieren, das Selber-bei-IKEA-Möbel-Zusammensetzen usw. dazu, die Entwicklung geht immer weiter. Berücksichtigen wir diesen Prozeß, daß nach dieser außerordentlichen Preisverteuerung der Güter durch die Effektivitätspolitik des Sozialstaates der Private in die Lage versetzt wird, jetzt wieder Konkurrent der Industrie zu werden. Sie können heute in einem Supermarkt bereits wieder das Zubehör kaufen, um Schuhe zu besohlen. Es wird also die industrielle Arbeitsteilung durch die Effektivitätspolitik des Sozialstaates wieder aufgehoben. Wir erleben hier einen Prozeß der Rückkoppelung. Man kann sich darüber streiten, ob das positiv oder negativ sei, aber ich würde sagen, es hat sehr viel positive Effekte, denn was wir in der jungen Generation beobachten, daß sie selber ihre Autos reparieren, weil sie die Reparaturstunde nicht mehr bezahlen können, daß selbst Jungakademiker ihre Wohnung selber tapezieren und Teppichböden auslegen. Das ist anthropologisch in meinen Augen in bezug auf die Anreicherung von Funktionen an den Haushalt von einer auch nicht zu unterschätzenden positiven Wirkung. Ich will nicht zu sagen versäumen, daß es da auch eine sehr negative Wirkung gibt, daß wir hier natürlich auch eine Art Luxurieren von Sozialstaat haben, zugunsten einer privaten Seite, so könnte man das auch formulieren. Sie werden vielleicht sagen, das hätte ich als Unternehmerrepräsentant eigentlich viel deutlicher sagen müssen. Aber das kennen wir alle. Der Vorwurf an den Staat, daß er mit seiner Sozialpolitik zu Lasten gerade des armen Mannes vorgeht, auch Sie, Herr Blüm, sprachen von den inversen Effekten, daß der Staat einen Sozialkonsum finanziert, der nun wiederum hauptsächlich dem Mittelstand zur Verfügung steht. Ich denke an die höhere Studierwilligkeit der Söhne aus der Mittelschicht gegenüber der Arbeiterschicht, ich denke an den Besuch von Theater und Museen. Die Inanspruchnahme sozialer Effekte, vom Staat subventioniert, präsentiert, ist sicherlich hoch invers, ist hoch paradox umverteilt, wie Herr Blüm sagte, aber, man muß das sehen, es ist in mancher Hinsicht eine kulturelle und eine psychologische und anthropologische Leistung, Sie alle können sich das im einzelnen weiter ausmalen.

Was hiermit noch verbunden ist, und auch das sieht meines Erachtens Sozialpolitik zu wenig, mit jeder Mark Vermehrung sozialpolitischer Effektivität machen wir natürlich über den Weg der Finanzierung dieser Effekte Produkte teurer, Arbeitsplätze unrentabel, mit dem Ergebnis, daß wir hier auch eine Maschinerie haben zur Schaffung von Arbeitslosigkeit. Gerade die Arbeitslosigkeit der gering Qualifizierten, die uns ganz besondere Sorgen bereitet, hat hier zum Teil ihre Erklärung. Das begann einmal vor 50 Jahren mit der Abschaffung der sogenannten Hausgehilfin. Diese Entwicklung ist so alt, daß uns dieses Wort Hausgehilfin schon fast liebenswert altertümlich vorkommt, das kennen wir ja alle nur noch aus unseren Kindertagen, bis hin zu der Abschaffung von jeder Art von Service, etwa in einem Hotel in bezug auf das Schuheputzen. Man muß also deutlich sehen, daß der Sozialstaat, – so wünschenswert und so richtig das prinzipiell ist, darüber kann ja gar kein Streit bestehen, – indirekt mit der Produktion sozialer Leistungen die Verlagerung von Rentabilität

zur Folge hat. Hier wird in einem gewissen Umfang Arbeitslosigkeit geschaffen. Und das ist natürlich in einem gewissen Umfang auch freiheitsmindernd, wenn der Staat Sozialleistungen erbringt, die vielleicht gar nicht so wünschenswert sind. Das ist aber eine rein theoretische Position, ich jedenfalls wäre der letzte, der sagen würde, wir stellen Theater und Museen ein, weil die sich nicht rentabel vermarkten lassen, aber man muß das sehen. In dem Maße, in dem der Staat luxuriert, in dem er Sozialleistungen zu üppig bemißt oder vielleicht auch Zumutbarkeitsgrenzen in der Arbeitslosigkeit zu sensibel bemißt, verlagert sich die Bedarfsentscheidung gerade des Ärmeren hin zu einer Zurücknahme von Konsum. Denn einmal können wir nur konsumieren, entweder in der Form des Theaters, der ausgebauten Bildung, des Kulturwesens usw. oder in der Form des materiellen Konsums. Der Sozialstaat, so würde ich sagen, formuliert die Nachfrage seiner Bürger in einem wachsenden Maße mit. Das ist nicht unbedenklich, aber das läßt sich auch nicht abschaffen, sondern lediglich im kritischen Diskurs immer wieder Fall für Fall prüfen.

Der dritte Komplex. Ich möchte jetzt weggehen von der Betrachtung der Sozialen Marktwirtschaft oder des Verhältnisses von Marktwirtschaft und Sozialstaat im Hinblick auf, sagen wir die Beobachtung der letzten zwei, drei Jahrzehnte, sondern ich möchte noch einmal die Frage aufwerfen: Was kommt auf uns zu?

Ich glaube, wir sehen in der westlichen Welt einen durchgängigen Paradigmenwechsel. Wir beobachten eine Rückkehr zur Begründungsphilosophie, eine Rückkehr zur Metaphysik, eine Rückkehr – so würde ich sagen und Herr Blüm auch – zu einer Begründungspolitik. Zu einer Begründungspolitik, die nicht mehr auf der Basis von Rationalität, von Technik, von Fortschritt, von positivistischer Philosophie versucht, eine bloß rationale Gestaltung von rationalen Strukturen zu bewirken, sondern die versucht, tiefer zu greifen, und die spürt, daß der Mensch in der Betreuung durch den Sozialstaat und in der Betreuung auch durch eine Gott und das Metaphysische beiseite lassende evangelische Kirche und durch eine positivistische Philosophie in die Vereinsamung gerät.

Wir beobachten weltweit eine Renaissance man könnte sagen des Irrationalen, man könnte sagen des religiösen Denkens, und das schlägt auch in die Sozialpolitik hinein. Die Sozialpolitik stößt hier auf eine mentale Grenze. Ganz besonders deutlich wird das, wenn Sie sich etwa in der jüngeren Entwicklung ansehen, wie wir das Kind und die Ehe behandeln. Das sicherlich sehr schwierige Verhältnis zwischen Eltern und Kindern, dieser Sozialisationsprozeß wird auf seine rationalen Strukturen reduziert und wird aufgefaßt als ein Konfliktverhältnis. Wenn für diese Konfliktverhältnisse dann im Gesetzbuch eine juristische Lösung angeboten wird, ganz generell für die Lösung der Konflikte, die immer auftauchen im Verhältnis zwischen Eltern und Kindern, dann müssen wir uns darüber im klaren sein, daß die Sozialpolitik das gleiche tut, was Wilhelm Röpke einmal der Marktwirtschaft vorgeworfen hat, nämlich, daß sie hier als Moralzehrer auftritt. Sie nimmt den Vater oder die Eltern nicht mehr ethisch in Pflicht und unterstützt sie, sondern sie kommt in der Nachfolge von Kant, Sie haben seinen Satz zitiert „Jeder Mensch ist sich selbst ein Zweck“, zu einer Egozentrität, zu einer sozial reduzierten Persönlichkeit, die als Träger von Rechten den Eltern entgegengesetzt wird. So angesprochen reagieren natürlich im Zweifelsfall Eltern damit, daß sie unlustig werden, daß sie an Geburtenfreudigkeit nachlassen, denn ihnen wird ja jetzt nicht das ihnen anvertraute und sie in Pflicht nehmende Kind gegenübergestellt, sondern hier steht der Vertragspartner, der während der Unmündigkeitszeit gegebenenfalls einen Vormund von außen bekommt. Meine Damen und

Herren, Sie werden sagen können, das ist eine konservative polemisierende Übertreibung. Nun, ich habe das sicherlich zugespitzt. Ich wollte damit deutlich machen, daß der Versuch der Sozialpolitik, ich möchte sagen bis fast noch zu dieser Stunde, darauf gerichtet ist, unsentimental und frei von den Bedingungen dieser oder jener Wertorientierung, auch angemessen vielleicht gegenüber einer pluralistischen Gesellschaft, sich zurückzieht auf die Rationalität, sich zurückzieht auf das, was mit Statistiken, was mit vernunftgemäßen Überlegungen in die Hand genommen werden kann und dann zu einer Regelung kommt, die all das an Selbststeuerung, die all das an Kitt in den sozialen Gemeinschaften, was nicht der Rationalität folgt, sondern etwa der Ethik, etwa dem Grundwerteverständnis des einzelnen, etwa christlichen abendländischen Überlieferungen, das alles als dem Gesetzgeber nicht zur Disposition stehend beiseite tut, mit der Folge, die wir beobachten, daß die jungen Leute anfangen, nun auch ins Kalkül zu nehmen, ob denn eine umgestaltete Sozialordnung in Richtung Ehefrau und Kind, in Richtung Ehemann und Kind kalkulierbar sich rentiere. Und der Mensch reagiert auf Unsicherheiten immer mit Phantasie, mit Sicherheitsmaßnahmen im voraus, und die Sicherheitsmaßnahmen beobachten wir schon. Die Zahl der Eheschließungen sinkt, die Zahl der Scheidungen steigt, die Zahl der Geburten sinkt. Ich könnte Ihnen diesen Paradigmenwechsel, diesen Wandel zu einer neuen Begründungsphilosophie, diese neue Suche nach nationaler Identität, diese Wiedererweckung von Bedürfnissen, sich geschichtlich festzumachen – wir haben das im Zusammenhang mit der Stauffer-Ausstellung ja weithin diskutiert –, anhand von Zitaten auch nachweisen aus dem Band 1000 der Suhrkamp-Edition, etwa mit Zitaten von Dahrendorf oder Habermas oder mit einem Leitartikel der Gräfin Dönhoff. Aber Sie werden mir das glauben.

Meine Damen und Herren, halten Sie das bitte nicht für eine geistige Spielerei eines offenbar schlecht beschäftigten Stabsmannes der Bundesvereinigung, sondern nehmen Sie das bitte in seiner langfristig außerordentlichen Bedeutung. Wenn ein so kluger Kopf wie Habermas davon spricht, daß diese Gesellschaft, und er spricht hier die Phänomene von Alkoholismus und Drogensucht etc. an, es offenbar nicht mehr schaffe, die nachwachsende Generation an die Wertorientierung der älteren Generation anzuheften; wenn Fetscher davon spricht, daß wir wieder auf der Suche sind nach einer nationalen, historischen Identität, dann wird hier deutlich, was aus christlicher Sicht nie bestritten wurde, was aus christlicher Sicht immer ganz selbstverständlich war, daß der Mensch nicht ein Individuum ist, das sich nach Nützlichkeitsabwägungen in Vertragszustände mit anderen begibt, sondern daß der Mensch als Sozialwesen immer nur in seiner doppelten Eigenschaft verstanden werden kann als Teilhaber am Sozialleben, am sozialen Prozeß, was ihn konstituiert. Rollen sind so etwas wie Sozialchancen zur Selbstverwirklichung, und Kant wollte von sittlichen Konventionen zu der selbstgerechtfertigten Moralität kommen. Aber Rollen sind zugleich auch das, was Identität verschafft, was Befriedigung verschafft. Wenn wir die Frage stellen, wie es eigentlich heute aussieht mit der Bereitschaft in der jungen Generation, sich in diesen Arbeitsprozeß einzulassen, diese Wirtschaftsordnung mitzutragen?, dann erwächst aus dieser besseren wiedergewonnenen Einsicht in die Sozialverfassung des Menschen die uralte Einsicht, daß nur in der Selbsttranszendenz der Mensch zu sich selber kommen kann, nicht durch Egozentrität, nicht durch Reduktion auf Konsum, nicht durch Ausleben seiner selbst; sondern indem er sich engagiert, indem er sich einer Aufgabe stellt, gewinnt er sich eigentlich erst. Daß dies

der nachfolgenden Generation mißlingen könnte, das ist in der Tat die größte und eigentlich die einzige Gefährdung.

Meine Damen und Herren, Fragen wie Energieproblematik, Fragen wie Wachstumsproblematik, Fragen wie Überdimensionierung des Schwerbehindertenbegriffs etc. etc. sind alle von abgestufter elementarer Wichtigkeit. Aber zentral scheint mir zu sein, daß wir das schaffen, was Habermas heute ein Anliegen ist, nämlich, daß wir es gewinnen, im Dialog mit der jungen Generation im Streit um unsere Gesellschaft wieder eine Werte- und Sinnorientierung zu bekommen. Denn ohne dieses Kulturverständnis von Sozialer Marktwirtschaft bleibt Soziale Marktwirtschaft eine kalte, technische, effiziente Angelegenheit, aber wenn sie verweigert wird, geht sie zu Bruch. Ich darf mich hierauf beschränken.